

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Wir sind die Dummen. Deutschland ist der Zahlmeister Europas.

ARGUMENTE

Es stimmt: Die Bundesregierung hat Milliarden an Krediten und Garantien für die Euro-Krisenländer bereitgestellt. Aber Deutschland profitiert auch von der Krise: Für diese Kredite bekommt Deutschland hunderte von Millionen an Zinsen. Außerdem muss die Bundesregierung für ihre eigenen Schulden allein 2012 rund 10 Milliarden Euro weniger Zinsen zahlen. Denn durch die Krise ist die Nachfrage nach Anleihen im »sicheren Hafen« Deutschland gestiegen. Die Krise hat nicht nur das Zinsniveau gedrückt, sondern auch

den Euro-Kurs. Das stützt den deutschen Export. Niedriger Euro-Kurs und niedrige Zinsen sind der Hauptgrund, warum die deutsche Konjunktur 2012 gut läuft. Mit seinen Krediten und Garantien hilft Deutschland übrigens vor allem den Gläubigern der Krisenländer, also den Banken. Sie erhalten weiter Zinsen von den Krisenländern, der Großteil der Hilfskredite fließt direkt an sie.

Quelle: DGB-Postkartenset
»Griechenland ist überall!« (2012)

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

**Für die Griechen ist genug Geld da –
und wir müssen sparen!**

ARGUMENTE

Die Kredite für Griechenland machen Deutschland nicht ärmer. Dass Deutschlands Schulden seit 2008 um 440 Milliarden Euro gestiegen sind, liegt nicht an den Griechen, sondern erstens an den deutschen Banken. Ihre Rettung hat der Bundesrepublik 300 Milliarden Euro zusätzliche Schulden beschert. Grund für den hohen Schuldenstand Deutschlands sind zweitens die massiven Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende unter der rot-grünen und rot-schwarzen Bundesregierung. Zwischen 2000 und 2010

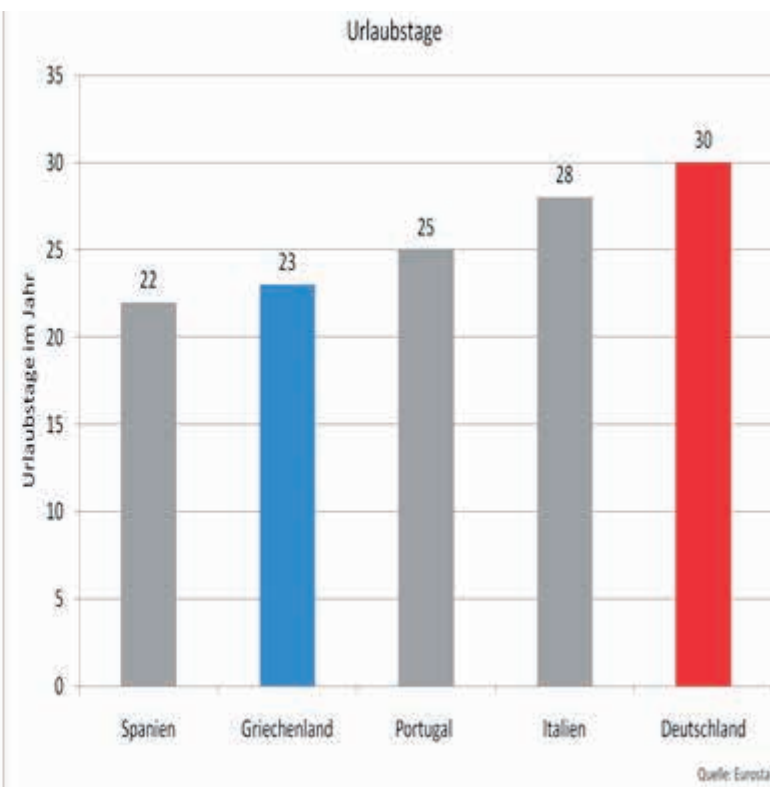
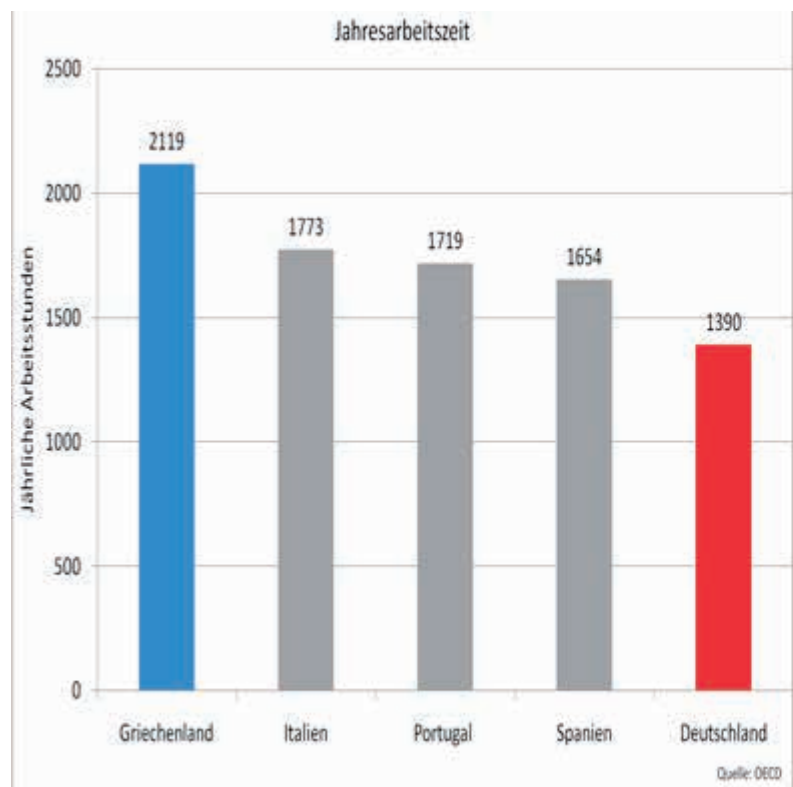
gingen so dem Finanzminister 335 Milliarden Euro verloren, errechnet das Forschungsinstitut IMK. Und was heißt überhaupt, »wir« müssen sparen? Die deutschen Unternehmen und die Vermögenden bleiben ungeschoren. Die Hauptlast der Sparprogramme tragen die sozial Schwachen. Denn den Sozialkassen werden allein 2013 fünf Milliarden Euro weggenommen.

Quelle: DGB-Postkartenset »Griechenland ist überall!« (2012)

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Die Griechen sind faul und machen zu viel Urlaub!

ARGUMENTE



Quelle: ver.di Bundesvorstand,
Abteilung Wirtschaftspolitik

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

**Mit der D-Mark würde
es uns besser gehen...**

ARGUMENTE

Wer ist »uns«? »Uns Deutschen«? Es stimmt: Vielen Menschen in der Euro-Zone geht es nicht so gut wie uns oft suggeriert wird, auch zahlreichen Menschen in Deutschland: Ihr Lohn reicht nicht für ein gutes Leben, sie sind permanent gestresst von der Arbeit (sofern sie eine haben) oder werden vom Amt drangsaliert. Wenn sie aufmucken, sich z.B. gewerkschaftlich organisieren, wird ihnen mit Entlassung oder Standortverlagerung ins billigere Ausland gedroht. Von einem Zerfall der Euro-Zone wären die Menschen in Deutschland ganz unterschiedlich betroffen: Geldbesitzer müssten einen beachtlichen Teil ihres Vermögens abschreiben. Allein deutsche Banken, Unternehmen und Pri-

vathaushalte haben gegenüber den anderen Ländern des Euro-Raums etwa 2.790 Milliarden Euro an Forderungen. Diese in Drachme, Escudo oder Peseta zu erwirtschaften, dürfte schwierig werden. Die Verhandlungsposition der Gewerkschaften in der deutschen Exportindustrie, die nach einer Aufwertung der D-Mark einbrechen würde, wäre geschwächt. Von einer einbrechenden Exportindustrie wären auch andere Wirtschaftszweige in Deutschland betroffen: Arbeitsplätze würden vernichtet, die finanziellen Mittel für einen sozial-ökologischen Umbau des Exportmodells würden fehlen.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

**Wir sind doch ganz gut
durch die Krise gekommen...**

ARGUMENTE

Wer ist »wir«? Wir Deutschen? Betrifft die Krise alle gleich? Es stimmt: Die deutsche Wirtschaft ist vergleichsweise stabil, hierzulande stehen wir nicht vor einer gewaltigen Rezession, geplatzten Immobilienblase oder kollabierenden Gesundheitsversorgung. Deutschland profitiert sogar von der Krise, denn durch die niedrigen Zinsen für deutsche Staatsanleihen kriegt der Staat billig Kredit an den Märkten. Dank Kurzarbeitergeld, Abwrackprämie und Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften ist der Kelch an »uns« vorbeigegangen, heißt es. Doch was ist in Deutschland vor Ausbruch der Krise passiert? Richtig: Steuer-Reformen zugunsten der

Reichen, Agenda 2010 samt Hartz-Gesetze, Rente mit 67 und Ausweitung des Niedriglohnsektors. Sind »wir« davon alle gleichermaßen betroffen? Immerhin waren diese Maßnahmen die Voraussetzung für die Durchsetzung der Kürzungspolitik in ganz Europa. Deutsche Krisenpolitik war übrigens vor allem patriarchale Politik: Rettung von Banken und vorwiegend männlichen Industrie-Arbeitsplätzen, nicht aber von überwiegend weiblichen Dienstleistungsjobs, keine Investitionen in öffentliche Leistungen und Sorgearbeit (z.B. Kitas, Altenpflege, Krankenhauspersonal). Also alle gut durch die Krise gekommen?

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Sollten die Krisenstaaten jetzt nicht lieber raus aus dem Euro?

ARGUMENTE

Nicht nur in Deutschland, gerade auch in Ländern wie Griechenland, Zypern oder Spanien wird diese Frage als möglicher Ausweg aus dem brutalen Kürzungsdiktat in die Debatte gebracht – nach dem Motto: »Ihr könnt uns mal – wir machen jetzt unser eigenes Ding«. Das ist angesichts der verheerenden Folgen der Troika-Politik nur allzu verständlich. Ob der Bevölkerung dieser Länder mit einem Austritt aus dem Euro geholfen wäre, ist allerdings fraglich und wird unterschiedlich eingeschätzt. So erwägen eine Studie von Flassbeck/Lapavitsas oder die AKEL-Partei in Zypern den Austritt als eine Möglichkeit, um Schlimmeres zu verhindern. Linke Stimmen aus dem Süden gegen einen Austritt (z.B. Syriza in Griechenland, Izquierda Unida in Spanien,

Bloco de Esquerda in Portugal) argumentieren, dass dann die Preise für nötige Importe (Rohstoffe, Energie, Nahrungsmittel etc.) enorm steigen würden, die Kürzungspolitik keineswegs überwunden und das wichtigste Faustpfand in den Neu-Verhandlungen für ein anderes Europa verloren wäre. Faustpfand? Gemeint ist der Umstand, dass das deutsche Kapital bei einem Scheitern des Euro viel zu verlieren hätte: Schulden würden abgeschrieben, ein wichtiger Exportmarkt wegbrechen. Anstatt soziale Fragen in nationale Probleme und kulturelle Eigenschaften umzudeuten (»arbeitsame Deutsche« versus »südeuropäischer Schlendrian«), plädieren sie für eine gemeinsame linke Politik innerhalb der Euro-Zone.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Soll Europa sich ein Vorbild an Deutschland nehmen?

ARGUMENTE

Das wünschen sich die deutschen Unternehmer. Kein Wunder. Ihre Gewinne sind in den vergangenen Jahren explodiert. Ihre Gewinne sind in den vergangenen Jahren explodiert. Ein deutscher Arbeitnehmer dagegen verdient heute – abzüglich Inflation – im Durchschnitt weniger als im Jahr 2000. Denn mit Hartz IV und der Förderung der Leiharbeit wurden die Löhne gezielt gedrückt. Dieses Lohndumping hat Deutschlands Export gestärkt. Gleichzeitig wurde die inländische Nachfrage geschwächt, der Import stieg kaum. Folge: Deutschland erzielte zwischen 1999 und 2008 einen Exportüberschuss von 600 Milliarden Euro allein mit den

Euro-Krisenstaaten und Frankreich. Die sollen die deutsche Strategie nun nachmachen. Und sie tun es. Sie schleifen Arbeitnehmerrechte, senken Mindestlöhne, Arbeitslosenhilfe und Renten, sie streichen Feiertage und bauen den Kündigungsschutz ab. All dies zu einem Zweck: das Lohnniveau drücken und so den Import senken und den Export erhöhen. Nur: Wenn jeder Staat exportieren will und keiner importieren – wie soll das funktionieren?

Quelle: DBG-Postkartenset „Griechenland ist überall!“ (2012)

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Europa sollte sich ein Vorbild an Deutschland nehmen!

ARGUMENTE

Viele Menschen in Deutschland glauben, die Stärke Deutschlands erkläre sich aus seinen beachtlichen Exportüberschüssen und den steigenden Vermögen. »Seht her, wir sind die Insel der Glückseligen«, heißt es. Dafür nimmt man Lohnleinbußen murrend in Kauf. Doch hierin liegt ein fataler Irrtum. Wenn die aggressive deutsche Exportpolitik so weitergeht, kann der Euro auseinanderbrechen. Exportüberschüsse anzuhäufen, heißt nämlich nichts anderes als stets mehr zu exportieren, als importiert wird. Dann können aber die anderen Länder die deutschen Waren nur kaufen, indem sie Kredite aufnehmen – bei Deutschland. Dadurch häufen die Importländer Schulden an. Das wiederum

läuft darauf hinaus, dass im Ausland angelegtes deutsches Vermögen sich entwertet: Deutschland als europaweiter Kreditgeber hat seit Beginn der Krise rund 600 Milliarden Euro Auslandsvermögen eingebüßt – weil die Schuldner schlicht nicht mehr bedienen können. Dieser Konsum auf Pump in Südeuropa bringt also weder der deutschen noch der Bevölkerung in Griechenland oder Portugal etwas: Hierzulande fehlt das Geld in den Taschen der abhängig Beschäftigten, dort bedeutet Schuldendienst drakonische Kürzungsprogramme mit fatalen Folgen für die Menschen. Ein Teufelskreis. Steigende Löhne in Deutschland wäre der erste konsequente Schritt in eine andere Richtung.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Überschuldete Staaten sollten ihre Haushalte in den Griff kriegen.

ARGUMENTE

Das Schuldenproblem von Ländern wie Griechenland oder Portugal sind nicht die Schulden, sondern die ständig anfallenden Umschuldungen. Staatsanleihen werden nämlich äußerst selten in voller Höhe getilgt, sondern durch neue Anleihen abgelöst. Das war so lange kein Problem, wie sich die Anleger darauf verlassen konnten, dass Staaten so gut wie nie Bankrott gehen. Nun aber, seit in Folge der Großen Krise die Ausfallrisiken gestiegen sind, verlangen die Finanzmärkte deutlich höhere Zinsen, so dass jede Umschuldung eines Landes mit der Unsicherheit verbunden ist, dass die Kreditgeber diesmal deutlich höhere Zinsen verlangen. Ein Land, das zum Beispiel bei einer Umschuldung von 50 Mrd. Euro nicht mehr (wie beim letzten Mal) 5%, sondern 10% Zinsen zahlen muss, erhöht seine Schulden

um 2.5 Mrd. Solch ein Land kann sparen wie es will, seine Schulden werden trotzdem steigen. [...] Entscheidend in der Schuldenökonomie ist [übrigens] nicht allein, wer die Schulden aufgenommen hat, sondern wer letztlich dafür gerade stehen muss, meistens nämlich der Staat [und damit die Bevölkerung].

Quelle: Harald Werner 2012 »Schuldenökonomie und Schuldenbremse«

Zusatz: Mittlerweile sagen sogar Ökonomen von IWF und OECD, dass die Krisenstaaten sich nicht aus ihrer Überschuldung herausparen können. Dennoch hält die Merkel-Regierung bislang eisern daran fest.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Sparen ist sinnvoll, um künftige Generationen nicht noch mehr zu belasten.

ARGUMENTE

Falsch. Mit Staatsschulden [findet] keine Umverteilung zwischen den Generationen statt, sondern innerhalb einer Generation. Und zwar tendenziell eine von »unten« nach »oben«. Wie funktioniert das? »Unsere Enkel« erben nicht nur die Schulden, sondern auch die Forderungen, also die Vermögen. Man kann sich das anhand einer Familie vorstellen: Wenn die Mutter dem Vater 100 Euro borgt und beide sterben, so erben die Kinder nicht nur die 100 Euro Schulden des Vaters. Sie erben auch die Forderung der Mutter. Wer erbt nun die Schulden und wer erbt die Forderungen? Wer hat dem Staat Geld geliehen und bekommt dafür Zinsen? Und vor allem: Wer bezahlt diese Zinsen und woher kommt das Geld dafür? 2008 warf allein die deutsche Staatsschuld 69 Milliarden Euro Zinsen ab. Die Schuldpa-

piere befinden sich überwiegend im Besitz von Banken, institutionellen Anlegern und Vermögenden. Sie leihen dem Staat überschüssiges Geld, indem sie Staatsanleihen kaufen, und kassieren dafür Zinsen. Die Zinsen, die der Staat bezahlt, kommen aus dem Steueraufkommen. [...] Das bedeutet: Es findet keine Umverteilung zwischen den Generationen statt (die Summe der Forderungen und Verpflichtungen gleichen sich nämlich aus). Vielmehr handelt es sich um einen Vermögenstransfer von denjenigen, die mittels ihrer Steuerabgabe die Zins- und Tilgungszahlungen finanzieren, hin zu jenen, die jährlich als Besitzer von Staatspapieren Milliarden Euro kassieren.

Quelle: <http://www.rosalux.de/publication/37900/ist-die-ganze-welt-bald-pleite.html>

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Soll Südeuropa doch pleite gehen!

ARGUMENTE

Mit den Hilfskrediten an notleidende Staaten hilft die Bundesregierung auch sich selbst. Denn sie weiß: Deutschland ist der Hauptprofiteur des Euro. 40% der deutschen Ausfuhren gehen in die Staaten der Währungsunion, 60% in die EU. Die deutschen Unternehmen brauchen den Euro. Denn er macht den Export einfacher, das spart ihnen viel Geld. Auch das Zinsniveau sinkt durch den Euro, da er Währungsrisiken verringert. So werden Kredite billiger. Eine Studie der Unternehmensberatung

McKinsey kommt zu dem Schluss: Allein im Jahr 2010 erhöhte der Euro die Wirtschaftsleistung in Europa um 330 Milliarden Euro. Fast die Hälfte dieses Vorteils ging auf das Konto Deutschlands. Ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone dagegen würde die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Rezession treiben.

Quelle: DGB-Postkartenset
»Griechenland ist überall!« (2012)

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Was bedeutet ein weiterer Schuldenschnitt für Griechenland für uns hierzulande?

ARGUMENTE

Nicht mehr allzu viel der griechischen Staatsschulden befindet sich noch in privater Hand. Die verbleibenden Forderungen von Banken, Investmentfonds und Versicherern werden u.U. auch noch von staatlichen Institutionen (allen voran die EZB) aufgekauft. So haben die privaten Gläubiger ihre Bilanzen weitgehend bereinigt. Könnte ein zweiter Schuldenschnitt diesmal die öffentlichen Haushalte und damit die Steuerzahler belasten? Müssen die Menschen in Griechenland, Deutschland und anderswo auf den Kosten sitzen bleiben? Nur wenn die Euro-Staaten die von der EZB aufgekauften Kreditforderungen tatsächlich ausgleichen würden. Doch dafür gibt es keine zwingende Notwendigkeit. Weder rechtlich: Die Staaten bzw. deren Nationalbanken, und damit die Steuerzahler, müssen nicht für die

Verluste der EZB haften. Noch ökonomisch: Die EZB ist per Definition stets liquide. Das heißt, sie kann selbst Geld schaffen, um Forderungen gegen sie zu begleichen. Alarmglocke Inflation? Wenn die EZB lediglich darauf verzichtet, dass schon im Umlauf befindliches Geld als Kredit an sie zurückgezahlt wird, erhöht sich die Geldmenge nicht. Schließlich ist das Geld bereits ausgegeben. Und angesichts einer europaweiten Rezession und Niedrigstzinsen ist die Angst vor Inflation momentan fehl am Platz. Indem ein Teil der Schulden bei der EZB als »Endlager« verbliebe, könnte sie einen Beitrag zur Überwindung der Krise leisten, ohne die Steuerzahler zu belasten.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

ARGUMENTE

Studien zufolge fallen die Zusatzrenten der privaten Altersvorsorge deutlich kleiner aus als ursprünglich versprochen. Und es stimmt, dass auch deutsche Lebensversicherungen und Rentenfonds im Besitz griechischer Staatsanleihen waren. Da bei einem Schuldenschnitt Kapital teilweise vernichtet wird, macht diese Frage Sinn. Doch diese Anleihen (Ausnahme: die Anleihen der griechischen Banken) sind nun zum Großteil in den Händen der Europäischen Zentralbank. Die hatte sie im Zuge der »Griechenlandrettung« aufgekauft. Viele Versicherungskonzerne, Großbanken und Rentenfonds konnten so viele ihrer Griechenland-Anleihen

Gefährdet ein weiterer Schuldenschnitt für Griechenland meine private Altersvorsorge?

abstoßen. Das Hauptproblem ist ein anderes: die Niedrigzinspolitik. Laut einer Studie im Auftrag der F.A.Z. verlieren Sparer in Deutschland rund 14 Mrd. Euro im Jahr, weil ihre Ersparnisse wegen der niedrigen Zinsen durch die Inflation entwertet werden. Davon ist auch die private Altersvorsorge betroffen. Das lässt sich z.B. gut an der gegenwärtigen, sehr niedrigen Garantieverzinsung für neu abgeschlossene Lebensversicherungen ablesen. Mit der Niedrigzinspolitik der EZB soll die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das funktioniert nicht, solange zugleich die drastische Kürzungspolitik diese Entwicklung abwürgt.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Sind die Linken jetzt für oder gegen den Euro?

ARGUMENTE

Die Gretchenfrage »Sag, wie hältst du‘s mit dem Euro?« ist ähnlich gelagert wie die nach dem Ausstieg der Krisenländer aus der Euro-Zone. Aber fokussiert sie das Entscheidende? Machen wir uns damit nicht die Sorgen der Herrschenden? Weder die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) noch der Euro waren emanzipatorische Projekte. Demgegenüber geht es linker Politik um die Lebensbedingungen der Menschen in Europa, um eine internationalistische Perspektive, nicht primär um Währungsfragen. Zugleich würde ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone für viele Menschen, vor allem in Südeuropa, katastrophale

Auswirkungen haben. Und die Verantwortung dafür tragen die heutigen Machthaber in der EU. Insofern ist die Alternative »Euro ja oder nein« bzw. »EU oder Nationalstaat« ein falscher Gegensatz. Wäre es nicht sinnvoller, ihn zu übersetzen in die Frage: In welchem Europa wollen wir leben und wie kann eine solidarische Politik dahin aussehen? In Deutschland wären z.B. Auseinandersetzungen um Fiskalpakt und Schuldenbremse, um grundlegende Steuerreformen und den europaweiten Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge erste wirkungsvolle Schritte, um sich mit den Menschen in Südeuropa zu solidarisieren.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

AfD und Linke kritisieren beide den Euro: Wo ist dann der Unterschied?

ARGUMENTE

Richtig. Auch die Alternative für Deutschland (AfD) übt Kritik an der Euro-Politik der Bundesregierung und der Troika. Doch sowohl in der Begründung ihrer Sichtweise als auch in den politischen Forderungen gibt es keine Gemeinsamkeiten mit linker Kritik. Erstens will die AfD den Euro abschaffen und zurück zu D-Mark. Zweitens will sie das in der (falschen) Annahme, mit dem Ausstieg aus dem Euro deutsche Interessen gegenüber den Krisenländern zu stärken. Sie spielt also drittens »sparsame, fleißige Deutsche« gegen »faule, korrupte Südländer« aus und bedient damit wohlstandschauvinistische Ressentiments. Viertens glaubt die AfD, die Krisenstaaten müssten selbst wieder auf die

Füße kommen. Sie blendet aus, dass die aggressive Exportpolitik Deutschlands maßgeblich zu den Ungleichgewichten in Europa geführt hat. Und sie verschweigt, dass die Verschuldung dieser Länder vor allem aus der gezielten Spekulation der Finanzmärkte, den Bankenrettungen und den horrenden Zinssätzen resultiert. Linke Kritik indes weiß, dass die gegenwärtige Euro-Politik vor allem dem Kapital, nicht aber den Bevölkerungen in Griechenland oder hierzulande nützt. Deshalb setzt sie auf eine gemeinsame europäische Perspektive »von unten«, statt Bevölkerungen gegeneinander aufzuhetzen.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Was geht mich die Bankenrettung an? Ich hab‘ doch gar keine Aktien oder Anleihen.

ARGUMENTE

Da bist du nicht allein. Zahlreiche Menschen in Deutschland und Europa verfügen weder über Aktien, Anleihen noch andere Wertpapiere oder große Spareinlagen. Doch haben die Maßnahmen der Bankenrettung in der EU nicht bloß Auswirkungen auf die Situation von Geldbesitzenden, sondern auf große Teile der Bevölkerung unabhängig von deren Guthaben auf der Bank. Die Kredithilfen über den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM oder der Ankauf von Staatsanleihen der Krisenländer durch die Europäische Zentralbank sind an drakonische Kürzungsprogramme mit verheerenden Folgen für Löhne, soziale Sicherungssysteme,

Gesundheitsversorgung und demokratische Rechte gekoppelt. Ein Blick nach Griechenland oder Spanien genügt, um sich einen Eindruck davon zu machen. Diese Spardiktate orientieren sich explizit an der Politik der Agenda 2010. Diese hat die deutsche Regierung zum Vorbild für die Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa erklärt. Die Kürzungspolitik hierzulande ist also die Blaupause für die erzwungenen Maßnahmen in den Krisenländern. Und davon sind vor allem Menschen mit schmalem Portemonnaie betroffen, weniger diejenigen mit viel Geld bei der Bank.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Wann ist ein Staat pleite? Und was unterscheidet einen öffentlichen Haushalt von der Kasse der ‚schwäbischen Hausfrau‘?

INFOBOX

Ein Staat gilt als pleite, wenn er seine Anleihen auf den Kapitalmärkten nicht los wird, also keine neuen Kredite mehr bekommt - oder nur zu exorbitant hohen Zinsen (sog. Risikoaufschlägen). Dann kann er seine laufenden Ausgaben nicht mehr bestreiten. Ein Staat ist aber kein privater Haushalt. Neuverschuldung ist ein üblicher Vorgang, über den Staaten ihre Investitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und bestimmte Güter finanzieren, Unternehmen subventionieren und vor allem: alte Schulden bedienen. Staatsschulden sind mit dem Minus auf unserem Bankkonto oder eines privaten Unternehmens nicht vergleichbar. Sie sind ein Steuerungsmittel, um ökonomische

Impulse zu setzen oder gesellschaftlich wichtige Aufgaben finanzieren. Alle Staaten (neu)verschulden sich permanent, indem sie Anleihen ausgeben. Die weltweit höchsten Verschuldungsraten weisen z.B. Japan und die USA auf, ohne dass sie deswegen als krisenhafte Pleitestaaten gelten. Problematisch wird Verschuldung dann, wenn sie – vermutet oder real – kein entsprechendes Wirtschaftswachstum erzeugt bzw. die Zinsen höher liegen als die Wachstumsraten. Dann steigt die Schuldenquote, und ein Staat gilt auf den Märkten als nicht mehr vertrauenswürdig – wie z.B. Griechenland.

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Was bedeutet Schuldenquote? Und was ist das Haushaltsdefizit?

INFOBOX

Die Schuldenstandsquote oder Schuldenquote benennt, wie hoch die Gesamtverschuldung des Staates im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ist. So liegt Deutschlands Gesamtverschuldung etwa bei 2.000 Milliarden Euro und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) [2011] bei etwa 2.400 Milliarden Euro. Die Schuldenstandsquote beträgt also rund 83 Prozent. Demgegenüber drückt das Haushaltsdefizit die Neuverschuldung in einem Jahr im Verhältnis zum BIP aus. So erzielten in Deutschland Bund, Länder und Gemeinden im ersten Halbjahr 2011 Einnahmen von über 555,1 Milliarden Euro, die Ausgaben lagen bei 570,7 Milliarden Euro. Die Neuverschuldung betrug also 15,6 Milliarden Euro: [...] 1,2 Prozent des BIP [vom ersten Halbjahr 2011]. Ein ausgeglichener Staatshaushalt liegt dann vor, wenn die Einnahmen

und die Ausgaben sich decken. – Der Staatshaushalt ist das Budget, mit dem die »öffentliche Hand« ihre Aufgaben finanziell organisiert. Er umfasst die Einnahmen und Ausgaben, ist aber keine Bilanz [...] im betriebswirtschaftlichen Sinne. Vielmehr legt der Staat erst fest, welche Leistungen finanziert werden müssen und sollen. Bei der Erstellung des Haushaltsplans wird somit zunächst ein »Soll« festgestellt, das es zu finanzieren gilt. Dem werden die Einnahmen gegenübergestellt. Liegen die Ausgaben über den Einnahmen, so muss der Staat dies über Kredite finanzieren. Er macht ein Haushaltsdefizit. Dies [...] entspricht der Neuverschuldung.

Quelle: RLS-Broschüre 2012: »Ist die ganze Welt bald pleite?«
Reihe luxemburg argumente

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Wie kommt der Staat an Geld auf den Märkten?

INFOBOX

Er gibt Anleihen aus. Eine Staatsanleihe ist ein festverzinsliches Wertpapier und die wichtigste Form, wie sich Staaten auf den Finanzmärkten Kredit nehmen. Für die Bundesrepublik Deutschland gibt die Deutsche Finanzagentur die Anleihen aus. Die Agentur ist in Bundesbesitz und führt das Schuldenmanagement durch. Eine Anleihe hat einen Nennwert. Zu diesem Wert wird sie erstmalig ausgegeben, und auf diesen Wert bezieht sich auch der festgelegte Zinssatz. Für einen Kredit von einer Million Euro vergibt die Finanzagentur beispielsweise zehn Anleihen zu einem Nennwert von 100.000 Euro. Weil die Bundesrepublik als sicherer Schuldner gilt, muss sie wenig Zinsen bezahlen – derzeit etwa 2,2 Prozent (im Folgenden zur Vereinfachung 2 Prozent). Die Laufzeit einer Staatsanleihe beträgt 10 bis 30

Jahre. Während dieser Laufzeit bekommen die Besitzer der Anleihe jährlich Zinsen, zwei Prozent auf 100.000 Euro, d.h. 2.000 Euro. Nach Beendigung der Laufzeit wird die aufgenommene Summe zurückbezahlt – für die Rückzahlung werden meist neue Kredite aufgenommen (roll over). Anleihen werden während der Laufzeit auch gehandelt, d. h. an der Börse ge- und verkauft. Jedoch nicht unbedingt zum Nennwert. [Der gehandelte Wert einer Anleihe ist, ähnlich wie bei einer Aktie, abhängig von Faktoren wie der Kreditwürdigkeit eines Landes, den Erwartungen der Anleger oder der Laufzeit. Vgl. Stichwort zu Aktien und Anleihen]

Quelle: RLS-Broschüre 2012: »Ist die ganze Welt bald pleite?«
Reihe luxemburg argumente

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

INFOBOX

Die Börse ist der Ort, an dem Finanzanlagen wie Aktien (verbriefteter Anteil an einem Unternehmen), Staatsanleihen oder Derivate gehandelt werden. Große Börsen befinden sich in New York, Chicago, London, Tokio oder Frankfurt am Main. Hier treffen sich Käufer und Verkäufer von Wertpapieren. Die Geldsumme, zu der eine Anleihe oder Aktie gehandelt wird, ist ihr Preis (bei der Aktie »Kurs«). Anleger kaufen Wertpapiere zumeist, weil sie glauben, sie in Zukunft teurer verkaufen zu können und so einen Gewinn zu machen. Und sie verkaufen sie, weil sie einen Wertverlust erwarten. Erwartungen sind hier also entscheidend und werden häufig zu Selbstläufern. Ein Beispiel: Händler A kauft Wertpapier B, weil er denkt, dass sein Wert steigen wird. Erwarten viele Händler, dass das Wertpapier B steigt, so kaufen sie es. Die hohe Nachfrage nach Wertpapier B lässt seinen Kurs steigen – die lediglich erwartete Wertsteigerung wird Realität.

Was passiert an der Börse?

Aber an der Börse werden nicht nur Erwartungen Realität, die Sache ist noch skurriler. Denn ein Händler wird Wertpapier B nur dann kaufen, wenn er erwartet, dass alle anderen Händler einen Wertanstieg erwarten. Denn nur dann wird der Kurs des Papiers auch steigen. Die Erwartungen der Investoren richten sich also stets auf die Erwartungen aller anderen Investoren. Die Börse agiert zirkulär. Der Ökonom John Maynard Keynes verglich den Wertpapierhandel daher mit einem Schönheitswettbewerb, bei dem jeder nicht den Kandidaten (Aktie/ Anleihe) wählt, den er am schönsten findet, sondern den, von dem er glaubt, dass alle anderen ihn am schönsten finden.

Quelle: RLS-Broschüre 2012: »Ist die ganze Welt bald pleite?«
Reihe luxemburg argumente

Wer sind die Finanzmärkte?

INFOBOX

Als Finanzmärkte bezeichnet man diejenigen Märkte, auf denen »Finanzprodukte« gehandelt werden. Der Begriff kam erst in den 1970er Jahren auf und umfasst meist den Kapitalmarkt (für Wertpapiere wie Aktien und Anleihen), den Geldmarkt (kurzfristige Geldgeschäfte zwischen Banken und mit der Zentralbank) und den Devisenmarkt für Währungsgeschäfte. Hinzugezählt wird auch der Derivatemarkt, auf dem »abgeleitete« Wertpapiere gehandelt werden. »Abgeleitet« deswegen, weil mit Derivaten auf die Wertentwicklung von anderen Wertpapieren wie Aktien, Anleihen, Zin-

sen oder Rohstoffe gewettet werden kann. Akteure an den Finanzmärkten sind vor allem Banken, Investmentfonds, Pensionsfonds, (Lebens-)Versicherungen und vermögende Einzelanleger. Umgangssprachlich wird der Finanzmarkt häufig gleichgesetzt mit seinen Akteuren, zum Beispiel wenn es heißt: »Finanzmärkte verlieren das Vertrauen in Griechenland.«

Quelle: RLS-Broschüre 2012: »Ist die ganze Welt bald pleite?«
Reihe luxemburg argumente

Was ist der Unterschied zwischen Aktien und Anleihen?

INFOBOX

Aktie ist ein Wertpapier, das seinem Eigentümer einen Anteil am Gesamtvermögen einer Aktiengesellschaft zuspricht. Ihm oder ihr gehört das Unternehmen nicht, die Aktie verbrieft nur das Recht auf Beteiligung am Gewinn in Form der Dividende. Meist haben Aktionäre auch Mitentscheidungsrechte auf der Hauptversammlung. Der Nennwert einer Aktie gibt an, mit welchem Anteil ihr Inhaber am Grundkapital beteiligt ist. Der Kurs- oder Börsenwert der Aktie (ihr Preis) bildet sich aus Angebot und Nachfrage. Zu diesem Wert wird die Aktie an der Börse gehandelt. Wird eine erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens prognostiziert oder erwartet, steigen dessen Aktienkurse (unabhängig vom Nennwert der Aktien).

Anleihe Anders als eine Aktie ist eine Anleihe kein Eigentumstitel, sondern ein Schuldschein. Ein Unternehmen oder der Staat (Schuldner) können über Banken Anleihen an Gläubiger ausgeben. Meist hat die Anleihe eine festgesetzte Laufzeit und in der Regel einen festen Zinssatz mit entsprechendem Zahlungstermin. Je schlechter die Bonität (Kreditwürdigkeit) des Schuldners bewertet wird (z.B. von Rating-Agenturen), desto höher der Zinssatz.

Quelle: »ABC der Schulden- und Finanzkrise« isw-Report Nr. 87 (2011)

Was sind Derivate?

INFOBOX

Derivate sind »abgeleitete« Wertpapiere, die abgekoppelter sind von ökonomischen Entwicklungen in der Produktion als Aktien oder Anleihen. Ihr Preis hängt von derzeitigen oder zukünftigen Preisen anderer Marktgrößen ab: z.B. von Rohstoffpreisen, Aktienkursen, Zinssätzen, Wechselkursen, Konkurswahrscheinlichkeiten, Zahlungsausfällen, der Wetterentwicklung etc. Bei Derivaten geht es darum, Risiken aus der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus gegen Gebühr auf andere, risikofreudigere (evtl. weniger informierte) Vertragspartner abzuwälzen. Oder die eigene bessere Prognose in Profit umzumünzen. Derivate-Geschäfte sind reine Finanzwetten – auf zukünftige Entwicklungen an den Märkten oder auf Erwartungen. Zwar können

Derivate Sicherheit bieten: Ein Bauer versichert sich damit bspw. gegen in Zukunft fallende Lebensmittelpreise oder Ernterisiken. Doch dient der größte Teil der Derivateverträge der Spekulation ohne Absicherungshintergrund: Z.B. wird auf den Kreditausfall eines Staates gewettet, ohne dass irgendeine tatsächliche Kreditbeziehung mit diesem besteht. Fast 90% aller Derivate weltweit werden außerbörslich, zwischen Banken und Fonds, gehandelt. Hier gibt es weder Aufsichtspflicht noch wirksame Kontrolle durch entsprechende Behörden.

Quelle: »ABC der Schulden- und Finanzkrise« isw-Report Nr. 87 (2011)

Der EURO – ich krieg‘ die Krise!

Was genau macht eigentlich die EZB? Wofür gibt es sie?

INFOBOX

Die Europäische Zentralbank hat die oberste Aufgabe, die Stabilität des Euro zu sichern, also Inflation in der Euro-Zone zu vermeiden. Warum ist Geldwertstabilität aus Sicht des Kapitals so wichtig? Damit Geldvermögen und Kreditforderungen gesichert sind. Eine zu hohe Inflationsrate würde die Schuldenlast der Schuldner verringern. Niedrige Inflation ist aber auch gut für die Lohnabhängigen (incl. der Erwerbslosen, Rentner und Bezieher staatlicher Transfereinkommen), weil bei stabilen Preisen ihre Kaufkraft, ihre Ersparnisse und Ansprüche aus privaten Renten- und Lebensversicherungen erhalten bleiben. Über den Zinssatz, zu dem die EZB neues Geld an die Geschäftsbanken verleiht, kann sie versuchen,

auf diese Einfluss zu nehmen: Sie sollen das Geld wiederum den Unternehmen leihen, damit diese Investitionen tätigen und so die Wirtschaft angekurbelt wird. Das nennt man Geldpolitik. Dabei erscheint die EZB als politisch unabhängige, vermeintlich neutrale Institution. Doch sie ist vom neoliberalen Credo durchdrungen. Bei der Bankenrettung ist sie z.B. eine der stärksten Verfechter der strikten Austeritätspolitik, also der Kürzungsprogramme. Die EZB hat mit ihrer Geldpolitik spekulativ angelegtes Kapital vor der Entwertung geschützt. In der Troika verfolgt sie nun die Strategie, die Krisenkosten durch drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben auf die breite Bevölkerung abzuwälzen.

Was sind Lohnstückkosten? Und warum interessiert sich das Kapital für sie?

INFOBOX

Die Lohnstückkosten drücken den Anteil aus, den die Löhne – inklusive Sozialversicherungen – an den gesamten Herstellungskosten eines Produkts oder einer Dienstleistung ausmachen. Bildlich gesprochen: wie viel Lohn (neben den Kosten für Material, Maschinen und Pacht) in einem Turnschuh, einer Taxifahrt oder einem Mikrochip steckt. Höhere Löhne bedeuten nicht zwangsläufig steigende Lohnstückkosten. Denn wenn die Produktivität ebenfalls steigt, lassen sich pro Zeiteinheit mehr Waren herstellen als vorher: z.B. statt 4 nun 6 Turnschuhe pro Stunde (also eineinhalb mal mehr). Würde auch der Lohn der Turnschuh-Näherinnen um

das Eineinhalbfache steigen, blieben die Lohnstückkosten (bei sonst unveränderten Produktionsbedingungen) gleich. Meist wird eine Steigerung der Produktivität über die Einführung einer neuen Maschine oder über Arbeitsverdichtung erreicht. Die Lohnstückkosten verschiedener Standorte weisen z.T. große Unterschiede auf. In Deutschland ist die Entwicklung der Lohnstückkosten deutlich niedriger als der EU-Durchschnitt. Deswegen können deutsche Exporte andere Waren wegkonkurrieren. Um zu wissen, ob eine Investition sich aus Sicht des Kapitals lohnt, sind die erwartbaren Lohnstückkosten eine relevante Größe.